

„Bevölkerung wurde eingelullt“

Sachsens Ex-Regierungschef Georg Milbradt kritisiert Rettung für Griechenland und europäisches Krisenmanagement

Dresden. Der Euro sei derzeit sicher. Doch gefährdet sieht Georg Milbradt (CDU) den weiteren Bestand der Euro-Zone. Hart geht der langjährige sächsische Finanzminister und Ministerpräsident mit der Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) bei dem Rettungsversuch für Griechenland ins Gericht. Mit Milbradt sprach Hubert Kemper.

Freie Presse: Ist die Angst um die Stabilität des Euro berechtigt?

Georg Milbradt: Angst muss sich in erster Linie der deutsche Steuerzahler machen, denn die Aushöhlung der Maastricht-Kriterien hat den Weg zu einer Transfer-Union bereitet, in der die Schuldensünder von den Vertragstreuen unterstützt werden. Der Euro war in den letzten Monaten nie in Gefahr, dagegen aber Banken, die im Griechenland-Geschäft engagiert sind und hoch verschuldete Eurostaaten.

Freie Presse: Waren die Rettungsmaßnahmen für Griechenland alternativlos?

Milbradt: Nein, denn man hat aus angeblich europapolitischen, nicht aus ökonomischen Gründen die üblichen Instrumente wie Abwertung, hier durch Austritt aus der Eurozone, ausgeschlossen. Die Grundfesten der Währungsunion – also die Staatsschuldenbegrenzung durch Sanktionen und das Verbot der gegenseitigen Haftung – wurden über Bord geworfen.

Der Freistaat Sachsen war im Jahre 1998 gegen die Einbeziehung von Staaten in die Eurozone, die schon zu Beginn der Währungsunion die Stabilitätskriterien nicht erfüllten. Das machte deutlich machte, dass man diese Kriterien nicht ernst nahm. Letztlich war die Währungsunion ohne politische Union ein politischer Preis an Frankreich für die Wiedervereinigung. Deutschland hat durch übermäßige Staatsverschuldung einen negati-

ven Beitrag zur Schwächung der Gemeinschaft geleistet.

Freie Presse: Noch einmal: Musste Deutschland nicht beispringen, um den Angriff der Spekulanten auf Griechenland und damit den Euro abzuwehren?

Milbradt: Es hat überhaupt keinen Angriff von Spekulanten auf den Euro gegeben. Diese Behauptung ist ein bloßer Vorwand der Politik. Die Märkte haben nach dem Einräumen von gefälschten Wirtschaftszahlen durch Griechenland erkannt, dass dieses Land objektiv kaum noch in der Lage ist, seine Verpflichtungen zum Rückzahlen seiner Schulden nachzukommen. Gerettet wurden also paradoxerweise die bisherigen spekulativen Gewinne von Banken und ihrer Aktionäre und von anderen Investoren, insbesondere in Frankreich und Griechenland selbst. Die bisherigen privaten Gläubiger von Griechenland steigen unter Mitnahme ihrer Gewinne aus dem Geschäft aus und werden von den Steuerzahlern der anderen Euroländer abgelöst, überproportional durch Deutschland.

Freie Presse: Was hätten Sie als Krisenmanager empfohlen?

Milbradt: Wenn Griechenland wieder auf die Beine kommen will, muss es teilweise entschuldet und die Wettbewerbsfähigkeit durch Kostensenkung wiederhergestellt werden. Da man eine Entschuldung unter Beteiligung der Banken abgeschlossen hat, muss diese wohl demnächst der Steuerzahler bezahlen. Griechenland wird anstelle des Austritts aus der Euro-Zone und einer Abwertung eine brutale interne Preis- und Lohnsenkung in einer Größenordnung von rund 20 bis 40 Prozent mit hoher Arbeitslosigkeit zugemutet, um die Konkurrenzfähigkeit wieder herzustellen. Diese Rosskur wird eher zu einer Unregierbarkeit oder gar zum Bürgerkrieg in Griechenland führen.

Freie Presse: Warum sind dann so große Hilfspakete geschnürt worden?



Sieht das Vertrauen in den Euro erschüttert: Der ehemalige sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt.

–FOTO: NORBERT MILLAUER/DDP/ARCHIV

Milbradt: Um die Bevölkerung einzulullen und angeblich die Märkte zu beruhigen, vor allem aber um von eigenen Versäumnissen abzulenken. Nicht die Spekulanten, sondern die Politiker, die fröhlich gegen ihre eigenen Stabilitätsregeln verstoßen haben und die EU-Kommission, die ihr Wächteramt nicht wahrgenommen hat, haben die Krise ausgelöst.

Freie Presse: Welche Konsequenzen sehen Sie für den Fortbestand der Währungsunion?

Milbradt: Wenn wir ein Auseinanderbrechen der Währungsunion oder die Ausbeutung der Soliden durch die Defizitsünder verhindern wollen, muss das Gemeinschaftsinteresse Vorrang bekommen. Dazu muss es aber eine massive Verlagerung von Souveränitätsrechten von den Nationalstaaten auf die EU geben. Zu einer solchen Lösung fehlt der politische Wille. Die Alternative wäre, die Währungsunion nur mit den Ländern fortzusetzen, die sich den strengen Regeln tatsächlich unterwerfen. Wenn man in Zukunft

Entschuldungen durch eine geordnete Staatsinsolvenz erleichtern will, gehört dazu zwingend ein Forderungsverzicht der privaten Banken und Investoren und ein Vorrang der öffentlichen Gläubiger vor den privaten.

Freie Presse: Ihre Prognose für die Stabilität des Euro?

Milbradt: Kurzfristig ist die Preisniveau-Stabilität nicht gefährdet. Aber eine Währung lebt vom Vertrauen und der unbedingten Einhaltung von Stabilitätsregeln. Das war das Geheimnis der D-Mark und der alten Bundesbank. Dieses Vertrauen ist schwer erschüttert durch die Entscheidung der Europäischen Zentralbank, Schrottstaatspapiere aufzukaufen. Die EZB hat leider berechtigten Zweifel an ihrer Standhaftigkeit gegeben. Zu Zeiten der alten deutschen Bundesbank hätte man anders entschieden. Die Rettungspakete haben also den Euro nicht gerettet, sondern stellen ebenso wie die Politik der EZB für die Währung auf Dauer das eigentliche Problem dar.

–Seite 6: Bericht